

# Denkt an den sozialen Zusammenhalt!

Dr. Markus Juch

fragt sich, ob es in dem von Union und SPD beschlossenen Sondervermögen auch genügend Spielraum für die soziale Infrastruktur gibt.

**D**er neue Bundestag hat sich gerade konstituiert, die neue Regierung, eine Koalition aus CDU/CSU und SPD, ist noch im Werden. Vom alten Bundestag wurde zuvor mit der dort noch vorhandenen bürgerlichen Zweidrittelmehrheit eine Grundgesetzänderung verabschiedet, die der neuen Regierung ad hoc eine hohe Verschuldung ermöglicht, um die zahlreichen Aufgaben bewältigen zu können, die nun auf eine rasche Lösung warten: Problemfelder sind die marode Infrastruktur, die Verkehrswege, die stöckende Digitalisierung, Defizite bei Bildung, Pflege und Krankenhäusern, vor allem auch der Auf- und Ausbau einer eigenen modernen Verteidigung ... Alles scheint zuvor aus dem Blick geraten, liegengeblieben, vernachlässigt und in die Jahre gekommen zu sein und muss nun im Hau-Ruck-Verfahren angegangen werden.

Der Wahlkampf mit der in der gesamten Gesellschaft sich gleichzeitig widerspiegelnden Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten und Konflikte, das Ringen der vormaligen Opposition mit der Ampelregierung, die sich ja bekannterweise aufgrund der internen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien selbst zerlegte – dies alles ist Ver-



Der Gastautor ist Caritas-Direktor der Diözese Fulda.

gangenheit und scheint nun in einen politischen „Neustart“ einzumünden.

Zwar hakt es noch an manchen Stellen bei den Koalitionsverhandlungen, doch laufen die Gespräche weitgehend geräuschlos und ganz offensichtlich konstruktiv. Alles soweit gut und auf einem normalen Weg?

Von „normal weitergehen“ kann sicherlich nicht die Rede sein, denn mit dem Sondervermögen – einem anderen Begriff für Staatsschulden – startet die neue Regierung mit einer sehr großen Hypothek und hat nebenbei allerlei Begehrlichkeiten geweckt. Wohin also wird das Geld fließen? Und hat die Regierung dabei noch das sozialpolitische Klima im Blick, das so wichtig ist für den gesellschaftlichen Frieden, der im Wahlkampf aber doch sichtbar aus den Fugen

geraten war?

Der viel beschworene gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Demokratie ist immer auch untrennbar mit den Themenfeldern „Soziale Sicherheit“ und „Sozialer Frieden“ verbunden. Zukünftige Investitionen in die soziale Infrastruktur unseres Landes, in Krankenhäuser, in Pflegeeinrichtungen und Dienste, in Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe, in Frauenhäuser und nicht zuletzt in den sozialen Wohnungsbau sind deshalb mindestens ebenso wichtig wie Investitionen in Verkehrswege, in eine zeitgemäße Digitalisierung und in eine Landes- und Bündnisverteidigung. Diesen Sozialinvestitionen nicht genügend Bedeutung einzuräumen, wäre fatal.

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege verweisen daher völlig zu Recht auf die Bedeutung der sozialen Arbeit, die unbedingt beim Einsatz der zur Verfügung stehenden Gelder berücksichtigt werden sollte. Das Sondervermögen, so denke ich, bietet der kommenden Regierung hier eine gute Chance, die soziale Infrastruktur in unserem Land zeitgemäß und nachhaltig zu gestalten. Zum Wohle der Menschen, für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und als Fundament einer zukunftsorientierten sozialen Marktwirtschaft.